

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 3

Artikel: Vorbeugen ist besser als heilen
Autor: Loretan, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093073>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER BRÜCKENSCHLAG

Ständerat Willy Loretan zum Brückenschlag des Bundes

Vorbeugen ist besser als heilen

Letzte Woche hat die Kleine Kammer als Zweitrat den neuen Osteuropakredit des Bundes von 800 Mio Franken grundsätzlich gutgeheissen. Dass es bei diesem Brückenschlag nicht nur um die Hilfe bei der Überführung der Kommandowirtschaft in eine freie Marktwirtschaft geht, sondern auch um die Stabilisierung der noch jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas und damit um die Verhinderung gewaltiger Migrationsströme Richtung Westen, zeigt das Votum des Aargauer Ständerates Willy Loretan, das wir hier leicht gekürzt wiedergeben. Loretan ist Vorstandsmitglied des Schweizerischen Städteverbandes.

Die Erfahrungen, die mit dem ersten Kredit gemacht wurden, sollten uns veranlassen, auch den nun vorliegenden Kredit ohne Abstriche zu verabschieden und Fortsetzungs- sowie neue Projekte zu verwirklichen. Besonders wichtig sind in diesem Zusammenhang, neben der Finanz- und Wirtschaftshilfe, Massnahmen, die es erlauben, die Demokratie in diesen Ländern verankern zu helfen. Im Rahmen dieser Massnahmen ist der Aufbau von gut funktionierenden demokratischen Stadt- und Gemeindeverwaltungen eine absolute Notwendigkeit und zentral für die Entwicklung von stabilen gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen.

Direkthilfe an Gemeinden

Aus der Botschaft des Bundesrates geht hervor, dass vorab der Schweizerische Städteverband, zusammen mit den Städten unseres Landes, im Rahmen der ersten Kredittranche erste Massnahmen für Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei realisiert hat. Es wurden insgesamt fünf einwöchige Kurse für Exekutivmitglieder aus ungarischen, polnischen, tschechischen und slowakischen Städten verwirklicht. Gegenwärtig weilen zudem Praktikanten aus Städten und Gemeinden dieser Länder in der Schweiz zur Ausbildung.

In einer weiteren Phase, d. h. im Rahmen des zweiten Kredites, sind fachbezogene Seminarerien in den entsprechenden Ländern geplant, die es erlauben sollen, dezentral und konkret einzelne Probleme, die sich beim Aufbau der Kommunalverwaltungen stellen, lösen zu helfen. Die Veranstaltun-

gen, die in erster Linie dem Know-how-Transfer an Ort und Stelle dienen, werden unter anderen Themen wie Aufbau und Management der Gemeindeverwaltungen, Finanzen, Umweltschutz und Steuern umfassen und in enger Zusammenarbeit mit den Partnerländern durchgeführt.

Nicht auf halbem Weg stehenbleiben

Diese Form des Know-how-Transfers hat den Vorteil, dass bei guter Abstimmung auf die Praxis und auf die Bedürfnisse der Partner ein optimaler Wirkungsgrad der Mittel und Multiplikatoreffekte erzielt werden können. Es ist deshalb unerlässlich, dass für diese Formen der Unterstützung im Rahmen des Kredites genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden können; Mittel, die dank der Mithilfe der Schweizer Städte und Gemeinden und ihrer Verbände materiell und finanziell noch aufgestockt werden können.

Ebenso unerlässlich ist es, dass die mit dem zweiten Kredit auszulösenden Massnahmen im Anschluss an die bereits eingeleiteten sofort verwirklicht werden. Es würde von unseren Partnern in Mittel- und Osteuropa kaum verstanden, wenn aus Budgetgründen ein unerfreulicher Unterbruch entstehen würde, der sich negativ auf den Erfolg der Projekte und auf den guten Ruf der Schweiz auswirken könnte.

Hilfe von Kleinstaat zu Kleinstaat

Bei der Festlegung der Mittel für den staatspolitischen Bereich ist ferner zu berücksichtigen, dass die Massnahmen der Schweiz zur Verankerung der Demokratie künftig nicht nur Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei umfassen sollten, sondern auf andere Länder auszuweiten sind. Ich denke dabei an die GUS und vor allem an die drei baltischen Länder. Sie eignen sich dank ihrer kleinräumigen, überblickbaren Strukturen – ähnlich den unsrigen – besonders für Hilfestellungen der aufgezeigten Art. Der Bundesrat sieht sie in seiner Botschaft als Nutzniesser von Finanzhilfe sowie von technischer Hilfe ausdrücklich vor.

Und erfreulicherweise tut der Bundesrat hier bereits einiges, zum Beispiel mit der tatkräftigen Hilfe von Schweizer Diplomaten beim

Aufbau und der Organisation des Aussenministeriums Lettlands und mit der beabsichtigten Mithilfe beim Aufbau eines funktionierenden Finanz- und Bankenwesens in Litauen und Lettland.

Dem Asylantenproblem begegnen

Ist es «Ironie des Zufalls», dass der heute von uns zu beschliessende Kredit gerade etwa die Höhe des Betrages erreicht, den der Bund – unter mehr oder weniger begeisterter Mithilfe der Kantone und Gemeinden – Jahr für Jahr für die Bewältigung der zum Teil hausgemachten Asylproblematik aufwirft? Hausgemacht deshalb, weil unser langfädiges und kompliziertes Asylverfahren wesentlich Mitverursacher für die enormen Kosten ist.

Ich möchte in diesem Zusammenhang dem Bundesrat ins Stammbuch schreiben: Die Städte und Gemeinden engagieren sich viel lieber in der Zusammenarbeit wie hier vorgeschlagen, auch finanziell, als im Asylbereich, wo sie den Sinn bzw. Unsinn des gigantischen bürokratischen Leerlaufs je länger, desto weniger einzusehen vermögen. Jeder Franken, der in der Direktunterstützung eingesetzt wird, ist 100mal besser investiert als in die Mechanik wie wir das Asylproblem zu bewältigen versuchen.

Völlig zu Recht weist der Bundesrat in der Botschaft auch auf den sicherheitspolitischen Aspekt dieser Vorlage hin. Sie soll mithelfen, unkontrollierbare Migrationsströme gewaltigen Ausmasses Richtung Westen wenn immer möglich zu verhindern. Die zum Teil wirklich bedauernswerten Menschen, denken wir an Rumänien oder Albanien, bleiben doch eher zu Hause, wenn sie eine Chance für eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen dort zu sehen vermögen – und dazu gehören, neben den wirtschaftlichen Aussichten, eben auch geordnete demokratische Strukturen auf der Gemeindeebene, dort also, wo die Menschen für das tägliche Leben erträgliche Bedingungen sollen vorfinden können. ■